

## DEUTSCHLAND

### DIE ECKPUNKTE

Der neue Flächentarifvertrag TV-L gilt ab 1. November 2006.

- **DIE ARBEITSZEITEN** variieren je nach Land. Angestellte im Westen arbeiten im Schnitt 39,22 Wochenstunden, im Osten 40 Stunden.
- **SONDERZAHLUNG** bleibt, wird aber stärker nach Gehalt gestaffelt: Wer wenig verdient, kriegt mehr.

#### NA DANN, PROST!

TdL-Vorsitzender Hartmut Möllring (l.) und Ver.di-Chef Frank Bsirske stoßen auf den Tarifabschluss an



## ÖFFENTLICHER DIENST **Lauter krumme Summen**

Nach 14 langen Wochen hatten beide Seiten genug vom Streik – und auch von Streit. Kaum war der gordische Tarifknoten durchschlagen, lobten sich die erleichterten Verhandlungsführer gegenseitig. In allen Punkten habe sich die Gewerkschaft bewegt, würdigte Hartmut Möllring (CDU), Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), und genehmigte sich erst mal ein Bier und eine Zigarre. Seine Pendanten, Ver.di-Chef Frank Bsirske sowie Frank Stöhr von der dbb-Tarifunion, sprachen von „konstruktiven Gesprächen“ und einem „guten Ergebnis“.

**Der Potsdamer Abschluss** vom Freitag beendet den längsten Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst. Die 14 Bundesländer der TdL votierten einstimmig für den neuen Tarifvertrag der 780 000 Landesbediensteten. Mit einem Ja bei den Ver.di-Urabstimmungen diese Woche wird fest gerechnet. Der TV-L, wie das neue Tarifwerk abgekürzt wird, lässt in den Bundesländern unterschiedliche Wochenarbeitszeiten zu und differenziert die jährliche Sonderzahlung (früher Weihnachts- und Urlaubsgeld) stärker nach Einkommen. Vereinbart wurden ferner eine lineare Gehaltserhöhung zum 1. Januar 2008 um 2,9 Prozent sowie drei Einmalzahlungen:

50 bis 150 Euro im Juli, im Januar 2007 folgen 60 bis 310 Euro und im September 2007 noch mal 100 bis 450 Euro.

„**Schwer verkraftbar, aber verkraftbar**“ sei das Tarifiergebnis, resümiert Bayerns Finanzminister Kurt Faltlhauser (CSU) gegenüber FOCUS. „Die 10,6 Millionen Euro, die mich das 2006 kostet, habe ich schon in den Haushalt eingestellt.“ In den beiden nächsten Jahren muss er noch mal 140 Millionen Euro berappen. Dafür arbeiten im Freistaat künftig die Angestellten zwar nicht 42 Wochenstunden wie die Beamten, aber „immerhin 39,94 Stunden“, rechnet der Kassenwart vor.

Die krumme Summe ist Ergebnis „einer intelligenten Lösung“ und regio-

nalisiert, sehr zur Freude der Ministerpräsidenten, die Arbeitszeiten. Ein kompliziertes Modell ermittelt eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit für jedes Land. Die setzt sich zusammen aus den Zeiten jener, die nach altem Recht noch 38,5 Stunden arbeiten, und jener Neueingestellten und Beförderter, die keiner Tarifbindung unterliegen und bis zu 42 Stunden malochten. Die neue Zeitrechnung – in Schleswig-Holstein zum Beispiel nur 38,7 Stunden – gilt dann für alle einheitlich. Viele werden länger arbeiten müssen, einige weniger. Ausgenommen sind nur besonders belastete Berufsgruppen wie Krankenpfleger, Straßenbauer

### MEDIZIN GEHT DEN BACH RUNTER

Mit ihrer Bade-Aktion an der Isar wollten diese Ärzte in München auf ihre schlechten Arbeitsbedingungen und die miserable Bezahlung an den Unikliniken aufmerksam machen





**STREIKS UND PROTESTE** 14 Wochen wehrten sich die Ver.dianer (hier am Königssee) gegen die Forderung der Länder, die Arbeitszeit auf 40 Stunden zu erhöhen

## Mit komplizierten Arbeitszeit-Modellen und höheren Gehältern gelingt den Tarifpartnern der Durchbruch

oder Schichtarbeiter, für die die 38,5-Stunden-Woche weiter gilt. Gekündigt werden kann der neue Tarifvertrag erst zum 31. Dezember 2008.

Mit der Vereinbarung greift auch die gefürchtete Meistbegünstigungsklausel im Tarifvertrag zwischen Bund, Kommunen und Ver.di nicht. Die nämlich hätte Gemeinden erlaubt, für sie günstigere Regelungen aus dem Länderabschluss zu übernehmen.

**Kategorisch lehnt** die Ärztegewerkschaft Marburger Bund (MB) die Übernahme des Kontrakts ab. „Sollte es Herr Möllring wagen, den seit neun Wochen streikenden Ärzten diesen Tarifvertrag überzustülpen, wird er in den Unikliniken eine Streikexplosion erleben“, droht Verbandschef Frank Ulrich Montgomery. Der TdL-Vormann hatte in Potsdam sehr viel freundlicher dem MB angeboten, „in diesen Vertrag einzutreten“, der den tariffreien Zustand auch an den Kliniken beende.

Nach den neuen Gehaltstabellen würden junge Mediziner durchschnittlich zehn Prozent, ältere immerhin noch sechs Prozent mehr verdienen. Das Einkommen eines Assistenzarztes im ersten Berufsjahr würde sogar von 3091 auf 3600 Euro springen. Aus Angst vor zu großem Tarifgefälle in Krankenhäusern mahnt auch Ver.di-Chef Bsirske,

das soziale Gefüge und die Teamfähigkeit in den medizinischen Betrieben nicht zu gefährden. Der Abschluss verbessere die Arbeitsbedingungen des gesamten Klinikpersonals und begrenze Arbeitszeiten und Bereitschaftsdienste der Ärzte.

Montgomery betont, dass Ver.di, dessen Tarifverbund der Marburger Bund verlassen hat, kein Verhandlungsmandat für Klinikärzte habe. In den vergangenen Monaten seien 20 000 Mediziner in seine Organisation eingetreten. Somit wären von 146 000 angestellten und beamteten Klinikärzten 105 000 in der Ärztegewerkschaft organisiert. Entwarnung an der Ärztesfront scheint also nicht in Sicht.

**Um den Rückstau an Operationen** zu verringern, wollen die streikenden Mediziner wenigstens diese Woche wieder arbeiten. Das schaffe auch ein „ruhiges Verhandlungsklima“, hofft Montgomery auf eine Wiederaufnahme der Gespräche mit der TdL, die am 12. Mai in Dresden abgebrochen wurden. Eine Schlichtung lehnen die Länder ab, sie verweisen nun auf den Potsdamer Abschluss. „Wir können nicht mehr zahlen als das, was wir angeboten haben“, beharrt Möllring.

Montgomery reicht das nicht. Kumulativ hätten die Ärzte in den vergange-

nen Jahren 30 Prozent Einkommen verloren – „ohne die millionenfach unvergüteten Überstunden“. Für diesen Schwund fordert der Marburger Bund einen Ausgleich.

Spitzenvertreter der Krankenkassen werfen den Ärzten Maßlosigkeit vor, warnen vor höheren Beiträgen. Der Ersatzkassenverband mahnt, die Gesundheitsberufe nicht zu entsolidarisieren: Üppige Gehaltserhöhungen der Ärzte gingen zu Lasten von Krankenschwestern und Pflegern – finanziell und personell. Unikliniken stöhnen über Einbußen von 80 Millionen Euro, weil durch den Arbeitskampf Operationen und Untersuchungen ausfallen. Schon droht mit Düsseldorf dem ersten Klinikum der Finanzkollaps.

**Wahre Geldschätze** lagern in Krankenhäusern, lautet die Botschaft einer Studie der Münchner Strategieberatung Peter Milde und Partner (pmp). 382 deutsche Kliniken untersuchte pmp in fünf Jahren. Ergebnis: 30 Prozent Effizienzreserve schlummern vor sich hin. In derselben Höhe könnten Kosten gespart werden, würden Abläufe und Personalplanung in den kurativen Einrichtungen bedarfsgerecht organisiert. „Wie in der Automobilindustrie können auch in Krankenhäusern Wertschöpfungsprozesse optimiert werden“, betont Geschäftsführer Peter Milde. Würde dies versäumt, „steht ab 2009 jede fünfte Klinik vor dem Aus“.

Unwirtschaftlich und demotivierend seien auch bürokratische Folgearbeiten. So verbrächten Assistenzärzte die Hälfte ihrer Arbeitszeit statt im OP oder am Krankenbett am Computer und schrieben die Berichte der Ober- und Chefärzte, die solches gerne delegierten. „Als Schreibkräfte sind sie nicht unterbezahlt, als Assistenzärzte aber unterfordert“, so Milde. Vor allem für die zweistellige Gehaltsforderung junger Mediziner hat der Untertnehmensberater kein Verständnis. Schließlich müssten die Kliniken seit Oktober 2004 enorme Folgekosten aus der Abschaffung des „Arztes im Praktikum“ (AiP) tragen. „Ein AiP hatte ein Grundgehalt von gerade mal 1600 Euro im Monat, der heutige Assistenzarzt erhält 3091 Euro – das entspricht einer Gehaltserhöhung von fast 100 Prozent, die die Krankenkassen bis heute nicht übernehmen.“

BETTINA BÄUMLISBERGER